

Oliver Hümbelin, Rudolf Farys, Ben Jann

Ungleichheit reduzieren – aber wie?

Das Steuersystem und daraus finanzierte Sozialleistungen bilden den Kern des Wohlfahrtsstaates. In der Schweiz wird die soziale Ungleichheit vor allem durch den Umverteilungseffekt von Sozialleistungen reduziert. Ein geringerer Teil ist auf die Steuern zurückzuführen. In Zukunft sollte das Augenmerk der Armutsbekämpfung vermehrt auf der Familienpolitik liegen.

Langfristig können wir optimistisch sein. In den letzten 300 Jahren hat sich viel verbessert. Die Lebenserwartung ist weltweit von 29 auf über 70 Jahre gestiegen.¹ Bildung als Grundlage für aufgeklärtes Handeln ist kein exklusives Gut der Oberschicht mehr, was sich im rasanten Niedergang des Analphabetentums zeigt. Konnten zu Beginn des 18. Jahrhunderts gerade mal 12 Prozent der Weltbevölkerung lesen und schreiben, so ist es heute die grosse Mehrheit von 90 Prozent.² Unrühmliche Epochen der Menschheitsgeschichte mit Sklaverei und Kolonialismus konnten weitgehend überwunden werden, und die Zahl der Menschen, die in extremer Armut lebt, ist weltweit markant gesunken.³ Wie war ein so enormer Fortschritt möglich? Der renommierte Ungleichheitsforscher Thomas Piketty hat darauf eine einfache und auch etwas überraschende Antwort: durch das Aufkommen progressiver Steuern auf Einkommen und Vermögen und den umfassenden Wohlfahrtsstaat.⁴ Steuern verringern die Ungleichheit und bilden das Fundament des Wohlfahrtsstaates. Damit wurden die Grundlagen für öffentliche Bildung, eine Gesundheitsversorgung für alle und das System der sozialen

Absicherung geschaffen. Das ermöglichte, dass breite Bevölkerungsschichten am gesellschaftlichen Fortschritt teilhatten. Der geläufigen Erklärung, dass insbesondere Innovationen und Unternehmertum zu allgemeinem Wohlstand führen, steht Piketty kritisch gegenüber. Löst Wachstum die Probleme der Welt? «Völlig verrückt», meint Piketty. Dem «Hyperkapitalismus» des späten 20. Jahrhunderts mit seiner blinden Marktgläubigkeit kann Piketty nichts abgewinnen. In seinen fundamentalen Werken zur Ungleichheit, «Das Kapital im 21. Jahrhundert» und «Kapital und Ideologie», weist er auf die Dynamik der fortschreitenden Ungleichheit hin, die drohe, das Rad der Zeit zurückzudrehen und zu ähnlichen Eigentumsverhältnissen wie zu Zeiten des Ancien Régime zu führen. Laut Piketty kann nur eine erhebliche Schwächung der Eigentumsrechte – ein Prozess, der in der Vergangenheit die Abschaffung der Sklaverei einschloss, aber noch viele weitere Schritte erfordert – die Menschheit weiterbringen.

Stehen wir vor fundamentalen Umbrüchen der Wirtschaftsordnung? Auf jeden Fall zeigen Pikettys Überlegungen, wie wichtig sozialer Ausgleich in der Menschheitsgeschichte war und welche Möglichkeiten grundsätzlich bestehen, die Ungleichheit zu reduzieren. Wohlfahrtsstaatliche Instrumente spielen eine wichtige Rolle. Es sind staatlich organisierte Institutionen und Regeln, die in demokratischen Abläufen geschaffen und legitimiert wurden. Eine umverteilende Wirkung erzielen diese Instrumente dadurch, dass Menschen mit vielen finanziellen Ressourcen mittels Steuern stärker an den allgemeingesellschaftlichen Kosten beteiligt werden und Menschen mit wenigen finanziellen Mitteln über Sozialleistungen Ressourcen erhalten. In der Literatur wird unterschieden zwischen direkten, über das Sozialleistungs- und Steuersystem wirkenden Umverteilungsinstrumenten, sowie indirekten Massnahmen, die einen Einfluss auf das Marktgeschehen haben.⁵ Zu Letzteren gehören etwa regulatorische Massnahmen wie der Mindestlohn, aber auch das Bildungssystem. Beides kann einen starken Einfluss darauf haben, wie und in welcher Form Bürgerinnen und Bürger am Wirtschaftsleben eines Landes teilhaben können. Insbesondere die ausgleichende Wirkung der Massnahmen zweiter Art auf das gesellschaftliche Gefüge sind – obwohl sehr wichtig – in ihrer Wirkungsweise recht komplex; eine Einordnung lässt sich nicht in aller Kürze vornehmen.

Wir fokussieren uns in unserem Beitrag deshalb auf die Rolle des Wohlfahrtsstaates in der Schweiz, wie er sich im Sozialleistungs- und Steuersystem zeigt. Das Sozialleistungs- und Steuersystem bildet den Kern des Wohlfahrtsstaates. Entsprechend erfährt dessen Zustand und Entwicklung grosse Aufmerksamkeit in der internationalen Fachliteratur.⁶ Aus diesen Studien geht etwa hervor, dass die Entwicklung – wie mit

Piketty in der Einleitung angedeutet – keineswegs gleichmässig in eine Richtung verläuft. Krisen wie die Finanzkrise von 2008 oder die Corona-Pandemie haben sowohl einen Einfluss auf die Ungleichheit als auch die umverteilende Wirkung des Wohlfahrtsstaates. So sind die Stabilisatoren des Sozialleistungs- und Steuersystems eben genau so konzipiert, dass in Krisen die Leiden und Lasten ausgeglichen werden.⁷ In der jüngeren Geschichte seit Mitte der 1990er-Jahre zeigt sich allerdings in vielen Ländern ein abnehmender Trend in Bezug auf den ausgleichenden Effekt des Wohlfahrtsstaates, der auf die Reduzierung von Sozialzahlungen und Steuersenkungen zurückzuführen ist.⁸

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wo die Schweiz heute steht. In unserem Beitrag fokussieren wir uns auf eine allgemeine Einordnung, indem wir verschiedenen Fragen nachgehen: Wie und in welchem Ausmass werden in der Schweiz finanzielle Ressourcen umverteilt? Ist das im internationalen Vergleich viel oder wenig, und welches sind die schweizerischen Besonderheiten? Welche sozialpolitischen Schlüsse lassen sich aus den aktuellen Erkenntnissen für den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft von morgen ziehen?

Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen: Besonderheiten der Schweiz

Wie kann das Ausmass der Umverteilung in einem Land überhaupt gemessen werden? Dafür sind national repräsentative Erhebungen nötig, welche die Einkommen der Bewohnerinnen und Bewohner erfassen. Was verdienen die Menschen mit Erwerbsarbeit, und was kommt aus Vermögenseinkünften zusammen? Letztere umfassen Einkünfte aus Wertschriften und Mieteinnahmen von Liegenschaften. Diese Einkünfte bilden die Markteinkommen ab. Eine Aussage darüber, wie ungleich diese Einkommen verteilt sind, kann beispielsweise mithilfe des Gini-Koeffizienten getroffen werden. Dieser nimmt den Wert 1 an, wenn eine einzige Person über alle Einkünfte verfügt, und den Wert 0, wenn alle genau gleich viel verdienen. Damit wir die Rolle des Wohlfahrtsstaates bestimmen können, müssen wir darüber hinaus wissen, wie viel Sozialleistungen die Menschen beziehen und wie viel Steuern sie bezahlen. Die Schweiz kennt zahlreiche Sozialleistungen. Dazu gehören alle Leistungen aus den Sozialversicherungen, etwa die Taggelder aus der Arbeitslosenversicherung oder Bedarfsleistungen wie die wirtschaftliche Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Siche-

zung. Bei den Steuern stehen in der Regel die Steuern auf Einkommen und Vermögen im Fokus, die in der Schweiz – gemäss der föderalen Organisation – auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden anfallen. Mit all diesen Informationen zu Sozialleistungen und bezahlten Steuern lassen sich nun ausgehend von den Markteinkommen die Einkommen nach Sozialleistungen und Steuern bilden, was die Berechnung des Gini-Koeffizienten nach Berücksichtigung der staatlichen Eingriffe erlaubt. Aus dem Vergleich der Ungleichheit vor und nach Sozialleistungen und Steuern lässt sich nun abschätzen, wie viel in einem Land umverteilt wird.⁹ In der Schweiz sinkt die Ungleichheit dadurch in erheblichem Masse, wobei ein grösserer Teil der Ungleichheitsreduktion auf die Sozialleistungen (70 Prozent) und ein kleinerer auf die Steuern (30 Prozent) zurückzuführen ist, wie wir aufgrund einer Verknüpfung von Individualsteuer- mit Sozialleistungsdaten festgestellt haben.¹⁰ Damit leistet der Wohlfahrtsstaat einen wichtigen und unmittelbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Ausgleich.

Im internationalen Vergleich fällt die Schweiz allerdings mit einem unterdurchschnittlichen Umverteilungseffekt und eher einer durchschnittlichen Ungleichheit nach Steuern und Sozialleistungen auf (siehe Abbildung 1). Wie kommt dieses Resultat zustande? Dafür sind verschiedene Zusatzerläuterungen wichtig. Zunächst gilt es festzuhalten, dass die Marktungleichheit in der Schweiz vergleichsweise tief ausfällt. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass hierzulande die Arbeitslosenquote tief ist. Während Länder Südeuropas wie Spanien, Griechenland und Italien sich mit einer Arbeitslosenquote im Umfang von 8 bis 13 Prozent konfrontiert sehen (Mittel der 27 EU-Staaten: 6,2 Prozent), ist der Schweizer Arbeitsmarkt mit 3 Prozent Arbeitslosigkeit erfreulich inklusiv.¹¹ Das schlägt sich in den Masszahlen für die Ungleichheit und die Umverteilung nieder. Gleichzeitig fällt in international vergleichenden Studien aber auch der geringere umverteilende Effekt über Steuern auf: «In diesem Land scheint es schwierig zu sein, von den Reichen und mobilen Personen Umverteilungssteuern zu erheben. Infolgedessen ist der Betrag der von den Reichen gezahlten Steuern niedrig.»¹²

Wenig Umverteilung und mittlere Einkommensungleichheit in der Schweiz

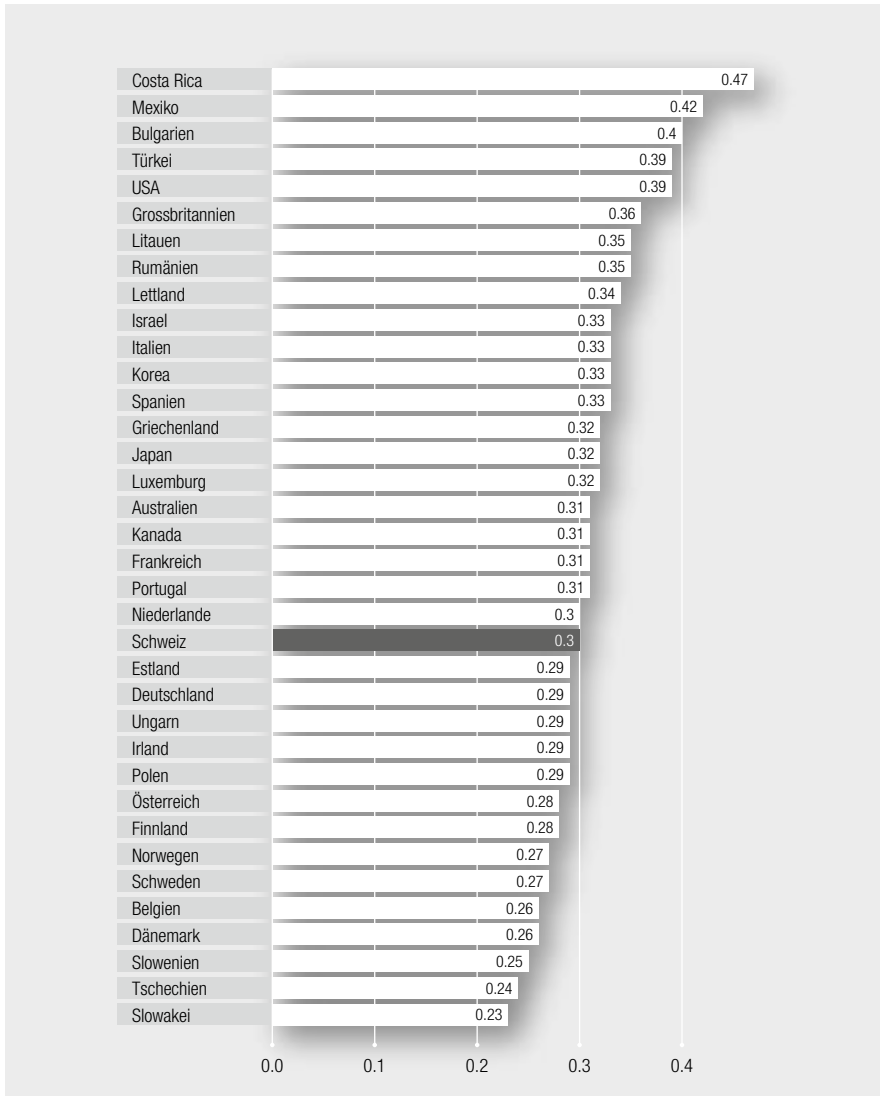
Diese Aussage ist auch in Zusammenhang mit dem Föderalismus zu sehen. Der Steuerwettbewerb bremst das Erheben von Steuern, und gleichzeitig sind ihm durch den interkantonalen Finanzausgleich gewisse Grenzen gesetzt. Letzten Endes bestehen in der Schweiz erhebliche Unterschiede bei den kantonalen Einkommenssteuern.¹³ Besonders wenig Steuern zahlen Wohlhabende in den Innerschweizer Kantonen Zug (18 Prozent auf steuerbare Einkommen von 250 000 Franken) und Obwalden (20 Prozent) sowie in Appenzell Innerrhoden (20 Prozent), während in den französischsprachigen Kantonen beinahe das Doppelte anfällt (Waadt 35 Prozent, Genf 35 Prozent, Neuenburg 33 Prozent). In den letzten Jahrzehnten wurden die Steuern in der Schweiz zudem tendenziell eher gesenkt.¹⁴

Auch in Bezug auf Leistungen für Einkommensschwache wird in der Schweiz den Kantonen viel Spielraum gewährt, was sich in Unterschieden bei den Bedarfsleistungen wie der Ausgestaltung der Prämienverbilligungen und anderen, der Sozialhilfe vorgelagerten Bedarfsleistungen wie Ergänzungsleistungen für Familien zeigt.¹⁵ Insgesamt finden sich in der Schweiz erhebliche kantonale Unterschiede bei der Verteilung der Einkommen¹⁶ und der umverteilenden Wirkung der kantonalen Steuer- und Sozialleistungssysteme.¹⁷ Dieser ausgeprägte Föderalismus ist eine Besonderheit der Schweiz, die sich insbesondere auf die Umverteilung und den Umgang mit den Reichsten (Steuern) sowie den Ärmsten der Bevölkerung niederschlägt. Der Föderalismus eröffnet die Möglichkeit, das System auf die lokalen Bedürfnisse und Anliegen abzustimmen, birgt aber die Gefahr eines «Race to the bottom» bei Steuern und Sozialleistungen und kann zu ungewollten Effekten führen. Dadurch, dass Gutverdienende den Wohnort aussuchen können, kann das Steuersystem als Ganzes regressiv werden.¹⁸ Zudem ist fraglich, ob bei so zentralen Fragen wie der Existenzsicherung grosse Unterschiede wirklich erwünscht und legitim sind, da sie mit Ungerechtigkeiten und negativen Folgen für die Betroffenen verbunden sind.

Abbildung 1 : Wenig Umverteilung und mittlere Einkommensungleichheit in der Schweiz

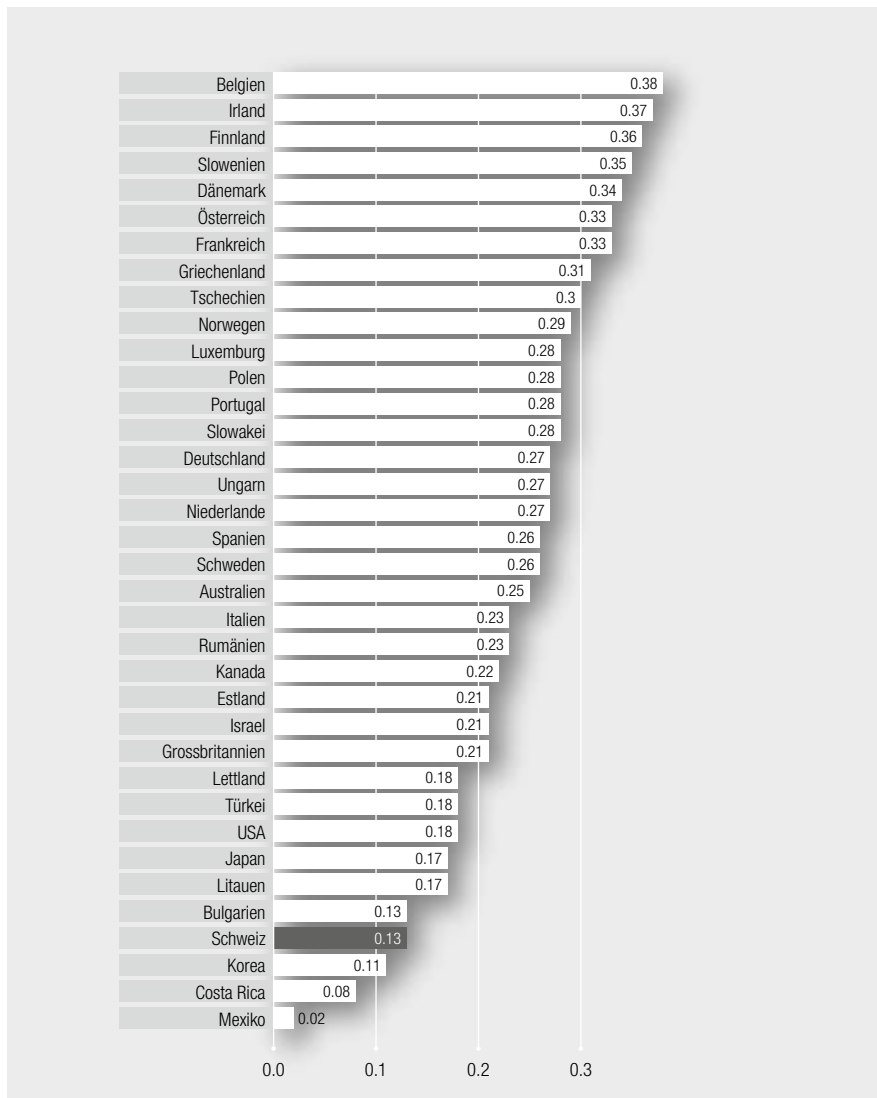
Ungleichheit nach Steuern und Sozialleistungen (Gini-Index)

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2018



Umverteilung (Gini-Index)

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 2018



Quelle: Income Distribution Database OECD, eigene Darstellung.

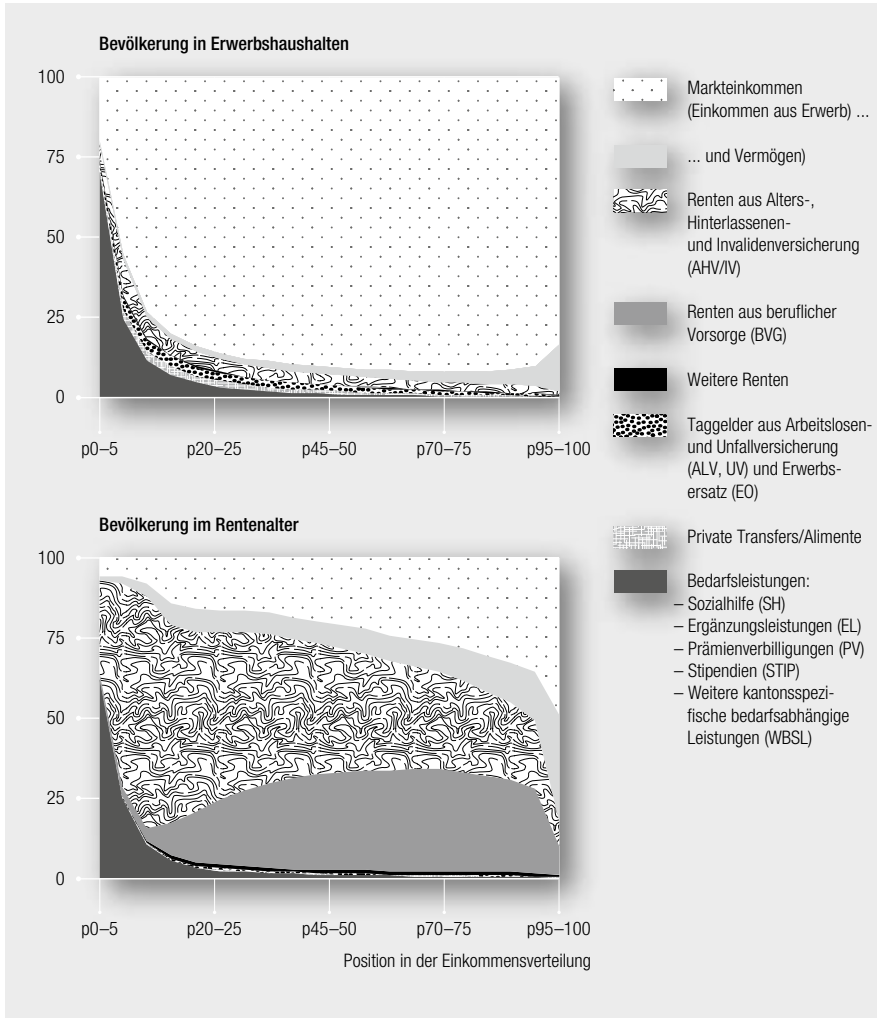
Neben den föderalen Elementen im System der Umverteilung ist eine Besonderheit der Schweiz die Organisation der Altersvorsorge. Das Drei-Säulen-Prinzip verfolgt gleichzeitig Ziele des Statuserhalts und des sozialen Ausgleichs. Einen Ausgleich sieht die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) vor. Sie wird über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, die prozentual vom Einkommen abgezogen werden. Die Leistungen sind plafoniert, für eine Einzelperson beträgt die Maximalrente 2390 Franken pro Monat (Stand 2022). Dies hat zur Folge, dass Menschen mit hohem Einkommen stärker an den Kosten der AHV beteiligt werden. Ungleichheitserhaltend oder gar -fördernd ist hingegen die Organisation der 2. und der 3. Säule, da sich aus den während des Erwerbslebens erzielten Einkünften die Möglichkeit ergibt, für das Alter zu sparen und via einkommensabhängigen Abzügen die Steuern zu optimieren.¹⁹ Menschen mit wenig Einkommen können in der 2. und 3. Säule kaum etwas fürs Alter auf die Seite legen und sind im Ruhestand armutsgefährdet, weil die AHV für sich nicht existenzsichernd ist. Menschen mit hohen Einkünften können dagegen auch nach der Pension ihren gewohnten Lebensstandard fortsetzen.

Diese Unterschiede werden in einer Auswertung sehr gut ersichtlich, die wir basierend auf Steuer- und Sozialleistungsdaten von rund 3,5 Millionen Menschen der Schweiz erstellt haben. Abbildung 2 zeigt, wie wichtig Sozialleistungen und besonders die verschiedenen Elemente der Altersvorsorge in Abhängigkeit von der Lebensphase (während des Erwerbslebens und im Rentenalter) und der finanziellen Lage (Einkommensklassen) sind.

Dabei wird ersichtlich, wie unterschiedlich sich die Einkommen der Bevölkerung im Rentenalter (Männer ab 65 und Frauen ab 64 Jahren) zusammensetzen. Bei den ärmsten 15 Prozent der Rentenbevölkerung fallen die tiefen Einkommensanteile aus der beruflichen Vorsorge (BVG) auf. Sie betragen in dieser Gruppe nur 2 bis 4 Prozent, während 30 bis 75 Prozent der Einkommen aus der AHV stammen. In vielen Fällen reichen die Renten aber nicht aus, wie die hohen Einkommensanteile aus den Ergänzungsleistungen zeigen. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der AHV-Renten am Gesamteinkommen der Gruppe ab. Dafür werden die Renten aus der 2. Säule (BVG) immer wichtiger und – besonders bei den Reichsten – auch die Einkünfte aus Vermögen. Die reichste Gruppe finanziert sich den Lebensabend zu grossen Teilen aus Vermögenseinkünften.

Abbildung 2

Die Wichtigkeit von Sozialleistungen in Abhängigkeit von Lebensphase und finanzieller Lage



Quelle: Hümbelin et al. 2021a.

Anmerkung: Für die Auswertung wurden die Personen nach der Höhe der äquivalenzskalierten steuerbaren Einkommen in zwanzig gleich grosse Gruppen eingeteilt (Lesebeispiel: p0-5 umfasst die einkommensschwächsten 5 Prozent, p95-100 die einkommensstärksten 5 Prozent) (siehe zur Erläuterung den Kasten, S. 89).

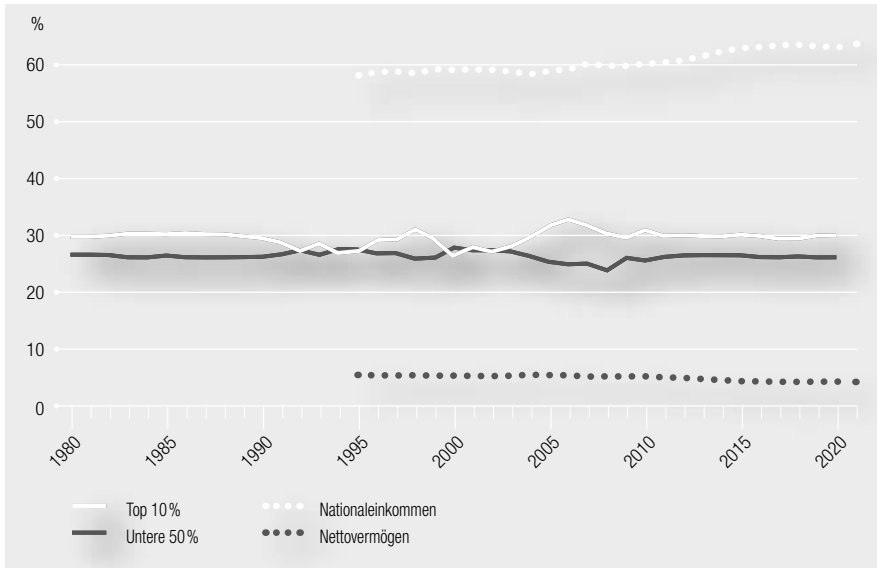
Ist mehr Ausgleich nötig?

Bisher haben wir uns bei der Beurteilung der Ungleichheit auf die Einkommen beschränkt. Im zeitlichen Verlauf sind diesbezüglich zwar Veränderungen zu sehen, aber insgesamt blieb die Situation in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten recht stabil, wie Abbildung 3 zeigt (die umverteilende Wirkung von Steuern und Bedarfsleistungen ist in der Abbildung allerdings nicht berücksichtigt). Was aber ebenfalls gut erkennbar ist: Die Vermögensungleichheit ist deutlich ausgeprägter und nahm in den letzten Jahrzehnten zu. Während die reichsten 10 Prozent 1995 zirka 58 Prozent der Vermögenswerte besaßen, waren es 2020 bereits 65 Prozent. Gleichzeitig ist der Wohlstand gestiegen, wie Kennzahlen der «World Inequality Database» entnommen werden kann: 1995 lag das Durchschnittsvermögen bei 330 000 Dollar (kaufkraftbereinigt), 2020 bereits bei 614 000 Dollar.

Die ausgeprägten Vermögensunterschiede sind die dritte Besonderheit der Schweiz. Gibt es auch Ansätze zur Umverteilung, die bei den Vermögen ansetzen? Tatsächlich ist die Schweiz eines der wenigen Länder, in denen überhaupt eine Vermögenssteuer erhoben wird. Sie greift erst ab Nettovermögen deutlich über 200 000 Franken; entsprechend handelt es sich um eine ungleichheitsreduzierende Steuer. Dabei wird häufig moniert, dass derselbe Franken mehrfach besteuert werde: zuerst über die Einkommenssteuer, danach als angesparter Betrag über die Vermögenssteuer. Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass die Schweiz nach wie vor eine hohe Attraktivität als Wohnort für Superreiche aufweist – nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen. Gesamtgesellschaftlich fällt die ausgleichende Wirkung der Vermögenssteuer im Vergleich zur Einkommenssteuer indes wenig ins Gewicht. Gemäss unseren Berechnungen entfallen rund 90 Prozent der direkten Steuern auf die Einkommen; lediglich 10 Prozent der Steuersumme werden aus der Vermögenssteuer generiert.²⁰ Das kommt daher, dass die Steuersätze auf Vermögen deutlich geringer sind als jene auf die Einkommen. Aus Vermögen von einer Million Franken fallen jährlich rund 4000 Franken Steuern an, wobei sich die Beträge von Kanton zu Kanton unterscheiden. In der Stadt Bern fallen Einkommenssteuern in dieser Höhe bei einer ledigen Person bereits bei einem knapp über der Armutsgrenze liegenden Jahreseinkommen von 32 000 Franken an. Brisant wird es, wenn genauer hingeschaut wird, woher die hohen Vermögen stammen. Es zeigt sich nämlich, dass jeder zweite Vermögensfranken in der Schweiz geerbt ist (siehe den Beitrag von Marius Brühlhart in diesem Band, S. 207 ff.).²¹

Abbildung 3

Schwankungen bei der Einkommensungleichheit, Zunahme der Vermögensungleichheit
Anteil am Total (%)



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Anteile der Einkommen vor Steuern und Bedarfsleistungen (Nationaleinkommen) und der Vermögen (Immobilien, Bankguthaben, Anleihen, Aktien usw.) abzüglich der Schulden (Nettovermögen) der reichsten 10 Prozent (Top 10 %) und der ökonomisch schwächeren Hälfte (untere 50 %) der Bevölkerung.

Bei den Allerreichsten der Schweiz ist der Erbschaftsanteil sogar noch höher.²² Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren die Erbschafts- und Schenkungssteuern gesenkt oder abgeschafft; nur noch wenige Kantone erheben überhaupt solche Steuern. Hier dürften der Steuerwettbewerb und die Furcht, Wohlhabende zu verlieren, eine Rolle gespielt haben. Obwohl die Erbschaftssteuer gut mit dem im Westen verankerten Prinzip der Meritokratie vereinbar ist und einen Ausgleich schafft,²³ wurde eine Volksinitiative für die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer überraschend deutlich verworfen. In Anbetracht dessen, dass die sich öffnende Schere bei den Vermögen mit dem starken Zuwachs des Wertes von Immobilien und Wertpapieren zusammenhängt, wäre ein möglicher Weg, bei deren Besteuerung anzusetzen. Eine weitere Besonderheit der Schweiz ist nämlich, dass Kapitalgewinne auf

Wertschriften steuerfrei sind, während sie in den meisten Ländern den Einkünften gleichgestellt sind. Auf der Grundlage eher konservativer Annahmen wird von etwa vier Milliarden Franken entgangenen Steuern jährlich ausgegangen.²⁴ In Bezug auf die Umverteilung ist dies eine verpasste Chance, da diese Einnahmen fast ausschliesslich aus den Topvermögen generiert würden (siehe den Beitrag von Robert Fluder, Rudolf Farys, Robert Baumann in diesem Band, S. 61 ff.).

Die Lücke «von unten» schliessen

Wie eben ausgeführt, ist die Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen ein wichtiges Mittel, um Ungleichheiten abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe für möglichst alle zu schaffen. Zu den schweizerischen Eigenheiten gehören dabei der Föderalismus und die ausgeprägte Subsidiarität und Eigenverantwortung, wie das System der Altersvorsorge zeigt. Wie viel und in welchem Ausmass umverteilt wird, ist letzten Endes eine politische Frage. Wäre eine Schwächung der Eigentumsrechte mit einer starken Ausweitung der Vermögenssteuer, wie Piketty es anregt, der richtige Weg? In Anbetracht der steigenden Vermögensungleichheit wäre es auf jeden Fall eine konsequente Lösung. Progressive Steuern sind ein geeignetes Mittel des Ausgleichs.

Wichtiger als die Enteignung sehr Wohlhabender scheint uns aber, die Ungleichheit «von unten» her zu verringern. Das heisst, Prinzipien wie Chancengleichheit und Teilhabe aller müssten konsequent verfolgt werden. Die Wichtigkeit dieses Anliegens zeigt sich auch in den Zielen der UNO, die mit der «Agenda 2030» die Staatengemeinschaft auffordern, über eine Gesellschaft nachzudenken, in der «niemand zurückgelassen wird» («leave no one behind»). Dazu gibt es in der Schweiz aktuell verschiedene Ansätze, die weiterverfolgt oder gestützt werden müssen. Erstens ist ein nationales Armutsmonitoring zentral, welches die föderale Organisation der Schweiz angemessen abbildet.²⁵ Tatsächlich ist der Bundesrat gegenwärtig daran, ein solches einzuführen.²⁶ Damit können Armutslagen im Wandel der Zeit beobachtet und Analysen auf Kantonsebene vorgenommen werden. Massnahmen zur Stärkung der finanziellen Lage von Menschen mit wenig Einkommen lassen sich so überprüfen und weiterentwickeln. Zweitens gilt es die Prävention zu stärken. Werden frühe Armutserfahrungen abgewendet, ist dies für die Entwicklung der Kinder förderlich,²⁷ und es gelingt im Erwachsenenalter besser, ein eigenständiges Leben zu führen. Dazu gilt es,

Kinder- und Jugendarmut zu verhindern und ein durchlässiges Bildungssystem sicherzustellen. In Anbracht dessen, dass das Sozialhilferisiko bei Minderjährigen am höchsten ist, dass viele Familien an der Armutsgrenze leben²⁸ und die Schweiz in Sachen Familienpolitik im europäischen Vergleich deutliche Defizite aufweist,²⁹ besteht hier Handlungsbedarf. Drittens gilt es die Existenzsicherung und Teilhabe jener im Auge zu behalten, die unmittelbar von Armut betroffen sind. Das heisst, Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, müssen ausreichend Ressourcen zugestanden werden. Heute sind die Sozialhilfeleistungen sehr knapp bemessen. In einem wohlhabenden Land wie der Schweiz sind die Alltagskosten aber sehr hoch und das Geld kann schnell knapp werden. Das wird in Zeiten mit starker Inflation besonders deutlich.³⁰

Oliver Hümbelin, Dr., ist Sozialforscher und Dozent am Institut für Soziale Sicherheit und Sozialpolitik am Departement Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule.

Rudolf Farys ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Bern.

Ben Jann, Dr., ist Professor für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Universität Bern.

Anmerkungen

- ¹ Roser et al. 2013. Bei der Lebenserwartung gibt es grosse Unterschiede je nach Weltregion: In Afrika liegt sie bei 53, in Europa bei 79 Jahren.
- ² Roser, Ortiz-Ospina, 2016.
- ³ Rosling et al., 2018.
- ⁴ Lemann, 2022.
- ⁵ Atkinson, 2016. Obenland, 2018.
- ⁶ Caminada et al., 2019a. Causa, Hermansen, 2020.
- ⁷ Hümbelin, Farys, 2016.
- ⁸ Causa, Hermansen, 2020.
- ⁹ Nicht alle Facetten der Umverteilung sind so erfasst. Beispielsweise finden Staatsausgaben für öffentliche Güter oder Steuern auf Konsum keine Berücksichtigung in einer solchen Berechnung.
- ¹⁰ Hümbelin et al., 2021a.
- ¹¹ Urmersbach, 2022.
- ¹² Caminada et al., 2019.
- ¹³ PwC, 2021.
- ¹⁴ Seliger, 2022.
- ¹⁵ Bundesamt für Statistik, 2022.
- ¹⁶ Hümbelin, 2019.
- ¹⁷ Hümbelin et al., 2021a.
- ¹⁸ Schmidheiny, 2006.
- ¹⁹ Hümbelin et al., 2021b. Hümbelin, Farys, 2018.
- ²⁰ Hümbelin et al., 2021a.
- ²¹ Brühlhart, 2019.
- ²² Baselgia, Martínez, 2022.
- ²³ Hümbelin, Farys, 2015.
- ²⁴ Fluder et al., 2021.
- ²⁵ Fluder et al., 2020. Hümbelin, Fluder, 2020.
- ²⁶ Bundesamt für Sozialversicherungen, 2022.
- ²⁷ Turkheimer et al., 2003.
- ²⁸ Hümbelin, Lehmann, 2022.
- ²⁹ Hümbelin, Fluder, 2022.
- ³⁰ Karjalainen, Levell, 2022.

Literaturhinweise

- Atkinson Anthony B.*: Ungleichheit: Was wir dagegen tun können. Stuttgart, 2016.
- Baselgia Enea, Martínez Isabel Z.*: Tracking and Taxing the Super-Rich: Insights from Swiss Rich Lists. In: KOF Working Papers, Vol. 501, 2022, S. 1–66.
- Brülhart Marius*: Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern. In: Social Change in Switzerland, Vol. 20, 2019.
- Bundesamt für Sozialversicherungen*: Nationales Armutsmonitoring, 2022. URL: [bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/soziale-absicherung/armutsmonitoring.html](https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialpolitische-themen/soziale-absicherung/armutsmonitoring.html) (5. 6. 2022).
- Bundesamt für Statistik*: Ausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen von 2010 bis 2020. Bundesamt für Statistik (BFS), Neuchâtel, 2022.
- Caminada Koen, Goudswaard Kees, Wang Chen, Wang Jinxian*: Has the redistributive effect of social transfers and taxes changed over time across countries? In: International Social Security Review, Vol. 72, 2019a, S. 3–31.
- Caminada Koen, Goudswaard Kees, Wang Chen, Wang Jinxian*: Income Inequality and Fiscal Redistribution in 31 Countries After the Crisis. In: Comparative Economic Studies, Vol. 61, 2019b, S. 119–148.
- Causa Orsetta, Hermansen Mikkel*: Income Redistribution through Taxes and Transfers across OECD Countries. In: Gabriel Rodríguez Juan, Bishop A. John (Hrsg.): Inequality, Redistribution and Mobility. Emerald Publishing Limited, S. 29–74.
- Fluder Robert, Farys Rudolf, Baumann Hans*: Vermögenseinkommen – Treiber der Ungleichheit. In: Geld arbeitet nicht – wir schon! Zürich, 2021, S. 94–112.
- Fluder Robert, Hümbelin Oliver, Luchsinger Larissa, Richard Tina*: Ein Armutsmonitoring für die Schweiz: Modellvorhaben am Beispiel des Kantons Bern. Caritas Schweiz und Berner Fachhochschule, Bern, 2020.
- Hümbelin Oliver*: Wo die reichen Kerle wohnen. In: «Republik», 2019. (22. 7. 2019).
- Hümbelin Oliver, Farys Rudolf*: Wirkung einer möglichen Erbschaftssteuer. Rechenbeispiele mit Berner Steuerdaten. Universität Bern, Department of Social Sciences, 2015.
- Hümbelin Oliver, Farys Rudolf*: Materielle Ungleichheit in der Schweiz im Wandel der Zeit. In: Franzen Axel, Jann Ben, Joppke Christian, Widmer Eric (Hrsg.): Essays on Inequality and Integration. Zürich, 2016, S. 116–152.
- Hümbelin Oliver, Farys Rudolf*: Income redistribution through taxation – how deductions undermine the effect of taxes. In: Journal of Income Distribution, Vol. 26, 2018, S. 1–35.
- Hümbelin Oliver, Farys Rudolf, Jann Ben, Lehmann Olivier*: Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. In: Social Change in Switzerland, 2021a.
- Hümbelin Oliver, Farys Rudolf, Richard Tina*: Ungleichheit und Steuern: Steuerdatenbasierte Einblicke in die redistributiven Effekte des Schweizer Steuersystems. In: Steuern und Ungleichheit: Fiscalité et inégalités, Zürich, 2021b.
- Hümbelin Oliver, Fluder Robert*: Armutsmonitoring – das Instrument gegen Armut, knoten & maschen, 2020. URL: [knoten-maschen.ch/armutsmonitoring-das-instrument-gegen-armut/](https://www.knoten-maschen.ch/armutsmonitoring-das-instrument-gegen-armut/) (23. 3. 2022).

- Hümbelin Oliver, Fluder Robert*: Wenig Unterstützung für Familien: Es besteht erheblicher Nachholbedarf. In: Zeitschrift für Sozialhilfe, Vol. 119, 2022, S.20–22.
- Hümbelin Oliver, Lehmann Oliver Tim*: Schätzung der Zahl der Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen knapp oberhalb der Armutsgrenze. Berner Fachhochschule, Bern, 2022.
- Karjalainen Heidi, Levell Peter*: Inflation for poorest households likely to increase even faster than for the richest, and could hit 14 % in October, 2022. URL: ifs.org.uk/publications/16065 (17.6.2022).
- Lemann Nicholas*: Thomas Piketty's Radical Plan to Redistribute Wealth. In: «The New York Times», 2022 (19.4.2022).
- Obenland Wolfgang*: Ungleichheiten verringern! SDG 10: Schlüssel zur Verwirklichung der «Agenda 2030». Global Policy Forum, Bonn, 2018.
- PwC*: PwC's tax comparison 2021. 2021. URL: pwc.ch/en/publications/2021/PwCs-Tax-Comparison-EN-2021.pdf (17.6.2022).
- Roser Max, Ortiz-Ospina Esteban*: Global Education. In: Our World in Data, 2016.
- Roser Max, Ortiz-Ospina Esteban, Ritchie Hannah*: Life Expectancy. In: Our World in Data, 2013.
- Rosling Hans, Römlund Anna Rosling, Rosling Ola*: Factfulness: Ten Reasons We're Wrong About the World – and Why Things Are Better Than You Think. New York, 2018.
- Schmidheiny Kurt*: Income segregation and local progressive taxation: Empirical evidence from Switzerland. In: Journal of Public Economics, Vol. 90, 2006, S.429–458.
- Seliger Florian, Staub Nicolas, Cian Jochen*: Steuerbelastung: So entwickeln sich die Steuern in Ihrer Gemeinde. In: «Neue Zürcher Zeitung», 24.5.2022.
- Turkheimer Eric, Haley Andreana, Waldron Mary, D'Onofrio Brian, Gottesman Irving I.*: Socioeconomic Status Modifies Heritability of IQ in Young Children. In: Psychological Science, Vol. 14, 2003, S.623–628.
- Urmersbach Bruno*: EU – Arbeitslosenquoten in Europa im Februar 2022, Statista, 2022. URL: de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/ (17.6.2022).